

Im Schatten des Kühlturms nimmt man es gelassen

Ende Jahr sollten die letzten deutschen Atomreaktoren vom Netz gehen, doch die Energiekrise könnte das Land zum Umdenken zwingen

HANSJÖRG FRIEDRICH MÜLLER,
ESSENBACH (BAYERN)

Drei Atomkraftwerke sind in Deutschland noch in Betrieb, eines in Niedersachsen, eines in Württemberg und eines in Bayern. Ende Jahr sollen auch sie abgeschaltet werden, doch seit einigen Wochen wird über einen sogenannten Streckbetrieb diskutiert, also darüber, die Meiler für eine begrenzte Zeit weiterlaufen zu lassen. Anders, so argumentieren die Befürworter der Massnahme, sei das russische Gas, auf das Deutschland bald vollständig verzichten will, kurzfristig kaum zu ersetzen.

Die Diskussion konzentriert sich dabei vor allem auf das bayrische Kraftwerk Isar 2, das stärkste und modernste der verbliebenen deutschen Atomkraftwerke. Während sich vor allem Politiker der bürgerlichen Parteien für einen Weiterbetrieb aussprechen, lehnen die Grünen einen solchen ab; die Sozialdemokraten, die in Berlin den Kanzler stellen, sind noch unentschieden.

Weiterbetrieb möglich

Ein sogenannter Stresstest, bei dem die Stromnetzbetreiber im Auftrag des Wirtschaftsministeriums prüfen, wie stabil die Versorgung im kommenden Winter sein könnte, dürfte am Ende ausschlaggebend sein. Das Ergebnis soll Mitte August vorliegen. Gegnern des Streckbetriebs könnte der Test die Möglichkeit verschaffen, ihre Meinung ohne Gesichtverlust zu ändern. Sollte das Kraftwerk gebraucht werden, wäre ein Weiterbetrieb unter bestimmten Voraussetzungen möglich, schreibt der Betreiber Preussen Elektra auf Anfrage.

Fern vom politischen Berlin und von seinen Aufregungen, im Rathaus der Gemeinde Essenbach, auf deren Gebiet das Kraftwerk steht, sitzt der Bürgermeister Dieter Neubauer. Weil es warm ist an diesem Nachmittag, trägt er die oberen Hemdknöpfe unter dem Trachtenjanker offen. Viele im Ort verstünden nicht, dass der Betrieb am 31. Dezember enden solle, berichtet er: «Die Leute hier sagen: Es steht ja eh da, warum also soll man es in der besonderen Situation nicht weiterlaufen lassen?»

Das Kraftwerk hält der Bürgermeister für sicher. Dass die Prüfer des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) ein Gefälligkeitsgutachten erstellt hätten, werde vor allem von Organisationen wie Greenpeace behauptet. «Soviel ich weiss, waren sogar japanische Delegationen vor Ort, um sich über die Sicherheitsmassnahmen zu informieren.» Wahrscheinlich liege es im Naturell der Deutschen, immer 100 Prozent Sicherheit anzustreben. «Aber hier bei uns in Niederbayern gibt es beim besten Willen kein Meer und damit auch keine Tsunamis.»

Neubauer gehört der Christlichsozialen Partei des bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder an. Bis vor kurzem strich Söder noch seine Bekehrung vom Kernkraftfreund zum Atomkraftgegner heraus. Nun zählt er zu den Lautesten, wenn es darum geht, einen vorübergehenden Weiterbetrieb zu fordern; am Donnerstag statteten er und Friedrich Merz, der Vorsitzende der Christlichdemokraten, dem Kraftwerk einen demonstrativen Besuch ab. «Ich kommentiere nicht alles, was der Ministerpräsident sagt, das überlasse ich den Politologen im Fernsehen», sagt der Bürgermeister zu Söders erneutem Sinneswandel. Auch andere Politiker hätten ihre Meinung zu dem Thema geändert.

So leutselig Neubauer auch auftritt – wenn man ihn darauf anspricht, ob ein Weiterbetrieb des Kraftwerks seiner Gemeinde finanzielle Vorteile bringen würde, kann er ungemütlich werden. «Gewerbesteuerliche Gesichtspunkte dürfen hier keine Rolle spielen», sagt der 57-Jährige. Es dürfe nur um die Versorgungssicherheit gehen. Wie sich ein Weiterbetrieb auf die Finanzen der



Solarzellen unter dem Kühlturm: Unterahrain lebt von und mit dem Kernkraftwerk, doch 80 Prozent ihres Strombedarfs decken die Bewohner aus erneuerbaren Energien.

ARMIN WEIGEL / DPA

Gemeinde auswirken könnte, mag der Bürgermeister nicht sagen. Ökonomen gehen davon aus, dass der AKW-Betreiber Preussen Elektra in diesem Fall mit einem zusätzlichen Gewinn von mehr als 300 Millionen Euro pro Monat rechnen könnte.

Oberwattenbach, einer der Ortsteile von Essenbach, liegt in einer Mulde. Man sieht das Kraftwerk von hier aus nicht, nur der Dampf des Kühlturms steigt als Säule hinter dem Wald auf. Renate Hanglberger sitzt im Garten ihres Hauses und blickt in die Sonne. Die Dritte Bürgermeisterin von Essenbach gehört der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) an, einer Kraft, die in der deutschen Politik zwar keine bedeutende Rolle spielt, in Essenbach jedoch eine deutlich längere Tradition hat als die Grünen, die nicht im Gemeinderat vertreten sind.

«Die ÖDP ist die bodenständigere Variante für eine gestandene Bäuerin», erklärt Hanglberger. Mit den Grünen verbinde sie in der Umweltpolitik manches, doch mit deren familienpolitischen Vorstellungen könne sie nichts anfangen. Hanglberger lebt seit dreissig Jahren hier; 2016 haben sie und ihr Mann ihren Hof, auf dem Ochsen gemästet und Kälber grossgezogen werden, auf Biobetrieb umgestellt.

Denken in Jahrtausenden

Essenbach lebe gut und lange mit dem Kraftwerk, finanziell habe die Gemeinde profitiert. «Aber man hätte nie in diese Technologie einsteigen dürfen, weil es keine Lösung für den Atommüll gibt», sagt Hanglberger. «Nur das Jetzt zählte, nach uns die Sintflut.» Sie selbst denkt in ganz anderen zeitlichen Zusammenhängen: Der Atommüll strahle über eine Million Jahre. «Dagegen sind die 2000 Jahre von Jesus Christus bis heute nichts.» Künftige Generationen, so fürchtet die Kommunalpolitikerin, würden womöglich nicht einmal mehr die Beschriftungen auf den Atomabfallbehältern lesen können.

«Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft und hin zu einer Gemeinwohlökonomie. Damit könnten wir locker ein paar Kraftwerke einsparen», meint Hanglberger. Durch die Weltläufe sieht sie sich in ihrer Energiepolitik bestätigt. «Anfang Februar wurden wir von der ÖDP noch gesteinigt, weil wir forderten, keine Gasleitungen in neue Baugebiete zu verlegen.» Wenige Wochen später, nach Putins Überfall auf

die Ukraine, habe sich die Lage schon ganz anders dargestellt.

Die Broschüre des Kraftwerksbetreibers, in der den Anwohnern erklärt werde, was sie im Fall einer Havarie tun sollten, müsse sie noch irgendwo haben, sagt Hanglberger auf Nachfrage. Sie holt einen Ordner, sucht unter «K» und wird fündig. Das Schriftstück stammt aus dem Jahr 2003. «Bleiben Sie im Haus, suchen Sie Schutz in fensterlosen Kellern, halten Sie Fenster und Türen geschlossen, tragen Sie keine mit radioaktiven Stoffen kontaminierte Kleidung, und waschen Sie sich gründlich», heisst es darin unter anderem. «Ich hab's gelesen, aber vielleicht gehören meine Kenntnisse aufgefrischt», sagt Hanglberger. Angst vor dem Kraftwerk habe sie nicht. «Die Leute dort machen einen guten Job, da habe ich absolutes Vertrauen», sagt sie.

Um die Sonne betrogen

In Unterahrain, dem Essenbacher Ortsteil, auf dessen Gebiet das Kraftwerk steht, ist Alois Bummer in der Minderheit. «Ich schätze, dass hier 70 Prozent der Leute pro Atomkraft sind», sagt er im Garten seines Hauses, das einige hundert Meter vom Reaktor entfernt steht. Die finanziellen Vorteile hätten die Leute «mundtot» gemacht. Tatsächlich verdankt Niederbayern seinen Aufstieg zur Industrieregion mit Arbeitgebern wie dem BMW-Werk in Dingolfing nicht zuletzt dem Atomstrom. Wenn es denn einmal Proteste gegen das Kraftwerk gab, stammten nur wenige Teilnehmer aus den angrenzenden Orten.

Bummer, 58, ist in Unterahrain aufgewachsen; als hier der erste Versuchsreaktor gebaut wurde, war er fünf Jahre alt. Später war er für Siemens tätig und arbeitete ein Jahr lang am Kraftwerksbau mit. «Dann habe ich eingesehen, dass das nicht meine Technik ist», sagt er. Mitte der 1980er Jahre, während seiner Zeit in der kirchlichen Jugendarbeit, sei er zu diesem Schluss gekommen. Mittlerweile spricht Bummer von einer «gegenwartsegoistischen Technologie»: «Was wir für fünfzig Jahre billigen Strom angerichtet haben, müssen künftige Generationen ausbaden.» Ängste löst das Kraftwerk aber auch bei ihm nicht aus. «Wenn etwas passieren würde, würde ich wohl gegen die Windrichtung abdampfen», sagt er.

Alois Bummer arbeitet als Energieberater für die Stadtwerke der nahe gelegenen Kreisstadt Landshut. Die Nach-

frage nach seinen Diensten sei bereits im vergangenen Jahr explodiert; seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sei die Zahl der Anfragen noch einmal gestiegen. Vor allem Wirtse machten sich wegen der steigenden Energiekosten Sorgen um ihre Existenz. Privat hat Bummer schon lange auf Solarenergie umgestellt; er wolle «möglichst autark über die Runden kommen». Allerdings fühlt er sich vom Kraftwerk «um die Sonne betrogen»: Wegen des Dampfes aus dem Kühlturm schein die Sonne oft erst ab 12 Uhr auf sein Dach.

Zumindest eine Gemeinsamkeit besteht zwischen Bummer und seinen weniger Kernkraft-kritischen Nachbarn: Schon jetzt decken die Unterahrainer rund 80 Prozent ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien. Damit hat der Ort das Recht erworben, sich als «Bioenergiedorf» zu bezeichnen. Ob diese Tatsache auf zwei Schildern an den beiden Ortseinfahrten festgehalten werden soll, diskutieren rund zwei Dutzend Bürger am Mittwochabend im Unterahrainer Dorfgemeinschaftshaus. Bürgermeister Neubauer ist aus Essenbach gekommen, um sich ein «Stimmungsbild» zu verschaffen.

Beiderseits viel Pragmatismus

«Was bringen die Schilder?», fragen sich die Bürger, doch die Diskussion bewegt sich auch hier schnell vom Symbolischen ins Grundsätzliche: «Man tut so, als falle die Sonnenenergie vom Himmel», sagt ein Mann. Auch Photovoltaikanlagen müssten hergestellt werden. «Aber alles, was «bio» heisst, ist in Deutschland heilig wie eine Kuh in Indien.» Der Bürgermeister springt ihm bei: Der Aufbau von Solaranlagen koste landwirtschaftliche Flächen. «Wer sagt uns denn, dass das Essen auch in Zukunft noch ausreichend aus dem Supermarkt kommen wird?»

Als Günther Riedl, der Betreiber der örtlichen Biogasanlage, Unterahrain als «autarke Gemeinde» bezeichnet, regt sich Widerspruch: Das sei nur rechnerisch richtig, im Winter müsse man Strom dazukaufen, ruft ein Mann. Die Tendenz geht hier eindeutig Richtung Streckbetrieb: Isar 2 sei das sicherste Atomkraftwerk in Deutschland, sagt ein Bürger. Seine Frau pflichtet bei: Produziere man den Atomstrom nicht selbst, müsse man ihn aus Temelin importieren, dem tschechischen Kernkraftwerk, das in der Vergangenheit immer wieder durch Sicherheitsmängel auffiel. Ein Unterahrainer wünscht sich gar ein «europaweites Blackout», damit die Leute einmal sähen, wohin man ohne Atomstrom komme.

Riedl ist einer der wenigen hier, die sich eindeutig ablehnend über die Kernkraft äussern: «Gehen Sie mal auf den Friedhof», sagt er. Die Krebsrate sei hoch. Von den «Bioenergiedorf»-Schildern scheint er sich fast schon kathartische Wirkung zu versprechen: «Die Leute werden durch Unterahrain fahren und diese Riesendreckschleuder sehen, aber sie werden sagen, das Dorf selber sei gut.»

Auffällig ist, wie pragmatisch die Kraftwerksanrainer mit der Situation umgehen: Selbst Kernkraftgegner wie Bummer und Riedl wollen den Streckbetrieb nicht kategorisch ausschliessen. Renate Hanglberger sagt: «Ich bin klar gegen Kernkraft, aber über den Streckbetrieb kann man reden. Dafür braucht man schliesslich keine neuen Brennstäbe, man würde also auch keinen neuen Müll produzieren.» Handkehrum tritt auch der atomkraftfreundliche Bürgermeister keineswegs als Prinzipienreiter auf: Einen Ausstieg aus dem Atomausstieg fordert Dieter Neubauer nicht. Entsprechende Forderungen, etwa vom Bundesverband der Deutschen Industrie, halte er in der gegenwärtigen Notlage für kontraproduktiv. Die grossen ideologischen Schlachten um die Kernkraft scheinen zumindest in Niederbayern fürs Erste geschlagen zu sein.

Gegnern des Streckbetriebs könnte der Stresstest der Stromnetzbetreiber ermöglichen, ihre Meinung ohne Gesichtverlust zu ändern.

Die letzten deutschen Atomkraftwerke

● stillgelegt per Ende 2021 ○ Stilllegung geplant per Ende 2022

